



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre**

**Siebert, Benno von**

**Berlin [u.a.], 1925**

Rußlands Standpunkt im Jahre 1912.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

artige militärische Besetzungen führen direkt zu diesem Ziel; alles andere hat nur nebensächliche Bedeutung. Der Zwischenfall Stokes ist eine Lehre gewesen.

**Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. November 1911. — Nr. 1862.**

Zu Ihrer persönlichen Information. Unser Botschafter in Berlin telegraphiert am 10./23. November: Das Berliner Kabinett widerlegt sich in keiner Weise unserm Übereinkommen mit der Türkei hinsichtlich der Öffnung der Meerengen. Was die Initiative Niderlens anbelangt, unsern Standpunkt in Wien zu vertreten, so hat der Staatssekretär den Eindruck gewonnen, daß man in Wien Einzelheiten über unser in Aussicht genommenes Abkommen mit der Türkei kennen möchte. Man scheint in Wien sogar anzunehmen, daß das Übereinkommen bereits mit der Pforte unterzeichnet worden ist, was ich in Abrede gestellt habe.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswol'sky an den russischen Außenminister Sazonow vom 13./26. November 1912. — Nr. 394.**

Poincaré hat mir ein sehr unklares Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg über die Dardanellenfrage vorgelesen. Georges Louis berichtet, Sie hätten in letzter Zeit Ihren Standpunkt verändert und seien jetzt mit dem ursprünglichen Prinzip „der Neutralisierung der Meerengen“ nicht mehr einverstanden. Ich sagte Poincaré, daß, soviel mir bekannt, von „einer Neutralisierung der Meerengen“ nie die Rede gewesen sei und daß die von uns im Jahre 1908 vorgeschlagene Lösung einen ganz andern Charakter hatte. Poincaré erklärte mir, daß, wenn wir beabsichtigen diese Frage aufzuwerfen, Frankreich uns hierbei natürlich aufs energischste unterstützen wird, doch muß es uns bitten, ihm unsere Pläne und Absichten rechtzeitig mitzuteilen.

**Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 17./30. November 1912. — Nr. 2764.**

Der französische Botschafter hat mich, augenscheinlich im Auftrage Poincarés, gefragt, ob wir nicht beabsichtigen, auch die Meerengenfrage den in Aussicht genommenen Pariser Vorbereitungen<sup>1)</sup> zu unterbreiten. Ich habe geantwortet, daß wir dieser Frage nicht vorgreifen wollen, und uns vorbehalten, diesen Gegenstand wenn nötig zur Erörterung zu bringen, um so mehr, als wir die Möglichkeit haben, von einer genauen Aufzählung aller Fragen, mit denen sich die Vorbereitungen befassen werden, abzusehen. Unsere Erwägungen betreffend die Meerengen sind in einem an Sie adressierten Briefe enthalten, den Sie mit dem nächsten Kurier erhalten werden.

**Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in Paris vom 15./28. November 1912. — Nr. 787.**

In Ihrem Briefe vom 7./20. November haben Sie die Frage berührt, ob es nicht zeitgemäß wäre, uns mit Frankreich über diejenigen Veränderungen auseinanderzusetzen, welche wir in das rechtliche und tatsächliche Regime der Meerengen im Zusammenhang mit der jetzigen Krise auf dem Balkan eingeführt zu sehen wünschen. Gleichzeitig hat der französische Botschafter bei uns angefragt, wie wir uns zu irgendwelchen Forderungen von Seiten Bulgariens in dieser Frage stellen würden. Infolgedessen halte ich es für meine Pflicht, Sie vor allen Dingen mit jenen Erwägungen bekannt zu machen, von denen unser Ministerium in der letzten Zeit in dieser wichtigen Frage geleitet worden ist.

Vom ersten Anfange der Krise an haben wir nicht aus den Augen gelassen, daß der Krieg eine Veränderung des Regimes der Meerengen nach sich ziehen kann. Gleichzeitig fürchteten wir jedoch diese Frage anzuregen, ehe der Umfang der Erfolge der Balkanstaaten, die Wahrscheinlichkeit der Einnahme von

<sup>1)</sup> Gemeint ist die Londoner Botschafter-Konferenz.

Konstantinopel durch ihre Truppen und der Standpunkt der andern Großmächte bezüglich der Ereignisse auf dem Balkan klar in die Erscheinung getreten wären. Diese Erwägung hat uns eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem englischen Vorschlage auferlegt, die Frage einer eventuellen Internationalisierung Konstantinopels und neuer Garantien für das Regime der Meerengen zu beraten. Unserer Ansicht nach können die Grundinteressen Rußlands in den Meerengen nicht durch irgendwelche vertragliche Garantien und Klauseln geschützt werden, da diese immer umgangen werden könnten, sondern wir müssen stets bedenken, welche tatsächliche Gewalt wirklich imstande ist, ein gegebenes Regime der Meerengen vor irgendwelchen Verletzungen zu bewahren.

Selbstverständlich haben wir uns noch ablehnender gegenüber aus Wien ausgehenden Bestrebungen verhalten, einen gewissen Parallelismus unserer Interessen mit denen der Donaumonarchie herzustellen: Rußland sollte sich hinsichtlich des westlichen Teiles der Balkanhalbinsel uninteressiert erklären, während Österreich uns volle Handlungsfreiheit in Konstantinopel gewähren würde. Von der Annahme ausgehend, daß etwaige Veränderungen im Regime der Meerengen nur nach Beendigung des Krieges zutage treten können und daß andererseits wir uns auf Kompensationen nicht einlassen können, da dies den Interessen der Balkanstaaten schaden würde, haben wir bis jetzt eine abwartende Haltung beobachtet, ohne jedoch den günstigen Zeitpunkt versäumen zu wollen, um unsere Wünsche genau zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl die weitere Entwicklung des Krieges noch nicht vorausgesehen werden kann, so läßt sich doch annehmen, daß das Vordringen der Alliierten augenblicklich bereits seinen Höhepunkt erreicht hat und die Wahrscheinlichkeit der Einnahme Konstantinopels nur noch sehr gering ist. Infolgedessen bleibt unsere ursprüngliche Annahme bestehen, daß Konstantinopel und ein genügend großes Gebiet auf dem europäischen Festlande zum Besitze der Türkei gehören werden. Man kann annehmen, daß, selbst nach einem siegreichen Kriege, Bulgarien ziemlich lange Zeit brauchen wird, um sich von seinen Verlusten zu erholen und sich in den eroberten Gebieten endgültig festzu-

setzen. Nicht weniger schwierige Aufgaben erwarten die geschwächte und besiegte Türkei.

Rußland, welches sich am Kriege nicht beteiligt hat, besitzt nun die Möglichkeit, einerseits seinen Einfluß unter den Balkanstaaten, zu denen wenn möglich auch Rumänien gerechnet werden muß, zu erweitern, und andererseits seine Stellung in der Türkei zu befestigen, welche mehr denn je auf gute Beziehungen zu Rußland bedacht sein muß.

Alles dies veranlaßt uns, augenblicklich mit ganz besonderer Vorsicht an diejenigen Vorschläge heranzutreten, welche uns von andern Staaten in der Meerengenfrage gemacht werden könnten. Wir müssen uns davor hüten, der Errichtung irgendwelcher einengender Garantien zuzustimmen, welche in Zukunft ein Hindernis bilden könnten, die Frage der Meerengen endgültig unsern Interessen gemäß zu lösen. Andererseits können wir den günstigen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne einige weniger radikale, aber immerhin bedeutsame Modifikationen durchzuführen. Am praktischsten scheint es uns, die Meerengenfrage wie im Jahre 1908 zu behandeln, d. h. die Uferstaaten des Schwarzen Meeres in Friedenszeiten unter gewissen Bedingungen, welche die Sicherheit Konstantinopels garantieren, zu ermächtigen, ihre Kriegsschiffe ein- und auslaufen zu lassen.

Natürlich kann augenblicklich nicht die Rede davon sein, zwischen Rußland und der Türkei ein einseitiges Übereinkommen in dieser Frage zu treffen; ein derartiges Übereinkommen würde unsern Beziehungen zu den Balkanstaaten zuwiderlaufen. Es wäre wohl auch kaum notwendig, denn statt freundschaftlicher Versicherungen, welche seinerzeit wegen des Selbstbewußtseins der Türken erfolglos geblieben sind, haben wir jetzt viel wirksamere Mittel in unserer Hand, um auf die Türkei einzuwirken, namentlich augenblicklich, da ein Teil der türkischen Truppen von unserer Grenze nach dem Kriegsschauplatz übergeführt worden ist. Die größte Bedeutung müssen wir natürlich der Haltung der Großmächte beilegen, und wir können nur feststellen, daß in den letzten Jahren der Boden für eine uns günstige Lösung gut vorbereitet worden ist. Wie Ihnen bekannt, können unsere Wünsche für keine einzige europäische Regierung un-

erwartet sein, und eine jede von ihnen hat seinerzeit ihre bedingte Zustimmung ausgedrückt. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, uns Österreich gegenüber auf den Standpunkt eines Abkommens oder einer Kompensation zu stellen; wir haben aber von jeher nicht geleugnet, daß man die österreichischen Interessen ökonomischen und politischen Charakters auf dem Balkan in Berechnung ziehen muß. Wir haben insolgedessen dem Prinzip eines autonomen albanischen Uferstaates zugestimmt. In der Frage des Zuganges Serbiens zur Adria haben wir ebenfalls dem Belgrader Kabinett geraten, den Interessen seines Nachbarstaates Rechnung zu tragen. Wir halten uns deshalb für berechtigt, zu erwarten, daß das Wiener Kabinett sich zu unseren Interessen in der Meerengenfrage ähnlich stellen wird. Auf alle Fälle glauben wir, daß der Widerstand der österreichischen Diplomatie in dieser Frage wohl kaum ein ernstliches Hindernis zur Erfüllung unserer mehr als mäßigen Wünsche sein könnte.

Dies sind die allgemeinen Erwägungen, von denen wir uns in der Meerengenfrage leiten lassen. Indem ich sie Ihnen für den Fall einer Aussprache mit Poincaré mitteile, halte ich es für nötig, hinzuzufügen, daß wir es nicht für richtig halten, augenblicklich mit irgendwelchen unabhängigen Vorschlägen hervortreten, da, wie oben ausgeführt, der Kompensationsweg nicht in unserem Interesse liegt. Sollten sich jedoch die Verhältnisse ändern und diese Frage von selbst auf die Tagesordnung gestellt werden, so wäre es uns interessant, den Standpunkt der französischen Regierung kennenzulernen, damit wir Zeitpunkt und Mittel zur Erreichung unseres Ziels genau bestimmen können.

**Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister vom 20. November/2. Dezember 1912.**

Ich habe mit dem größten Interesse von Ihrem Briefe an unseren Botschafter in Paris vom 15./28. November Nr. 787 Kenntnis genommen. Da dieses wichtige Schriftstück die Meerengenfrage erschöpfend behandelt, glaube ich keine weiteren Bemerkungen hinzufügen zu müssen. Eure Excellenz kennt den jetzigen Standpunkt des Londoner Kabinetts. Ohne daß

ich diese Frage angeregt habe, hat Grey sich mit vollkommener Offenheit ausgesprochen. Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen des Jahres 1908 hat er mir gesagt, daß das Londoner Kabinett unserer Absicht, das Regime der Meerengen zu verändern, zwar zugestimmt, aber die Einschränkung gemacht hatte, daß er den Boden nicht für genügend vorbereitet und die Umstände nicht für günstig halte. Er hat hinzugefügt, daß sich die Umstände heute verändert hätten. Ebenso hat er angedeutet, daß diese Frage eine von denen sei, die Rußland anlässlich der Beendigung der Balkankrise zur Diskussion vorschlagen könnte. In beiden Fällen dachte Grey an unseren Plan, so wie er damals von Ihnen ausgearbeitet worden war. Sie werden sich erinnern, daß dieser Plan in dem Memorandum enthalten ist, das uns Grey zu jener Zeit übergeben hatte. Diese Verhandlungen setzten damals übrigens ein vorheriges Einvernehmen mit der Türkei voraus. Ich glaube nicht, daß sich diese Voraussetzung verändert hat. In der Tat, wenn das türkische Reich aus der jetzigen Krise so geschwächt hervorgehen wird, wie sich heute voraussehen läßt, so ist damit doch noch nicht gesagt, daß es in den Augen Englands alle Bedeutung verloren hat.

Von der Berührung mit seinen christlichen Untertanen befreit — der beständigen Ursache aller Unruhen, Schwierigkeiten und Gefahren —, ist die Türkei jetzt ein ausschließlich mohammedanisches und asiatisches Reich geworden und stellt eine für England äußerst wichtige Macht dar.

Wie dem auch sei, wenn die Meerengenfrage, der natürlichen Entwicklung der Ereignisse folgend, auf die Tagesordnung gestellt wird, so können wir auf die Unterstützung Englands zählen. Wir sind hierzu sogar von Seiten Englands ermutigt worden, denn, wie gesagt, ich habe diese Frage weder mit Grey noch mit Nicolson aus eigenem Antriebe besprochen. Aber natürlich urteilt der englische Minister von seinem und nicht von unserem Standpunkte.

Was letzteren anbelangt, so teile ich ganz Ihre Ansicht, die in Ihrem Briefe an Iswolsky zum Ausdruck gekommen ist. Es ist natürlich unmöglich vorauszusehen, wie die Balkankrisen enden wird, aber ich bin immerhin schon heute überzeugt, daß in einem Augenblicke, wo alle Mächte an der Erhaltung des all-

gemeinen Gleichgewichtes arbeiten und, abgesehen von Osterreich, keine andere Macht irgendwelche spezielle Fragen aufzuwerfen gedenkt, wir nicht auf der Lösung einer direkten russischen Frage bestehen können; wir würden eines großen Teiles unseres moralischen Einflusses verlustig gehen und wir würden vor allem der Kompensationstheorie die Tür öffnen, die für uns und für alle Balkanstaaten am gefährlichsten werden kann.

**Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London vom 18. April/1. Mai 1913. — Nr. 381.**

In Verbindung mit dem bevorstehenden Beginn der Arbeiten der Pariser Finanzkommission halte ich es für nötig, Ihnen einige Erwägungen mitzuteilen, die sich auf bestimmte Fragen unserer Politik beziehen.

.....  
Soweit wir uns ein Bild von dem Standpunkte der englischen Regierung machen können, welche übrigens unlängst geäußert hat, daß bei Erörterung der Beziehungen der Großmächte zur Türkei Rußland sich als erste zu äußern hat, — vertritt Grey die Ansicht, daß man in Zukunft die türkischen Finanzen einer europäischen Kontrolle unterwerfen muß. Diese würde sich nicht bloß auf die Regelung der Einnahmen, sondern auch auf die Zweckmäßigkeit der Ausgaben erstrecken, wobei man eine Einschränkung der türkischen Rüstungen erzielen und den sich etwa ergebenden Überschuß zur Verbesserung der türkischen Administration verwenden könnte.

Dies Programm hat viel Verlockendes, umgeht aber die Beantwortung einer Frage: Wenn die türkischen Rüstungen eingeschränkt werden, welches ist die Garantie, daß Konstantinopel und die Meerengen wirksam geschützt werden können? Da die Landgrenze zwischen der Türkei und Bulgarien eine sehr lange sein wird, muß nicht die Türkei die größten Anstrengungen machen, um die Hauptstadt verteidigen zu können?

Wenn wir eine derartige Frage stellen, so wird dies wohl diejenigen in Erstaunen versetzen, welche Rußland im Verdacht von Eroberungsplänen haben. Wir wollen natürlich der Zukunft nicht vorgreifen, können aber nicht umhin zu bemerken,